

II-2671 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 12. Juni 1969

No. 1316/7

A n f r a g e

der Abgeordneten Haberl, Konir
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend Einschaltung des Rechnungshofes in Gegenstände der
Vollziehung.

Aus einem Schreiben des Präsidenten des Rechnungshofes an
den Präsidenten des Nationalrates geht folgendes hervor:
"Die Bundesregierung hat in jüngster Zeit zwei Gesetzentwürfe
beschlossen, durch die dem Rechnungshof neue Aufgaben zugewiesen
werden sollen, ohne daß jedoch der Rechnungshof Gelegenheit
gehabt hätte, vorher eine Äußerung hiezu abzugeben. Hierbei
handelt es sich um

1. den Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem Maßnahmen zur Ver-
besserung der Besitzstruktur häuerlicher Betriebe gefördert
werden (115. Ministerratssitzung vom 25. März 1969, P. 32 TO)
und
2. den Entwurf eines Bundesvergabegesetzes (118. Ministerrats-
sitzung vom 22. April 1969, P. 9 TO).

Gegen die vorgesehenen Regelungen bestehen die nachfolgenden
verfassungsrechtlichen und kontrollrechtlichen Bedenken."
Im weiteren werden die hier erwähnten verfassungsrechtlichen
Bedenken im einzelnen angeführt:

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Herrn Bundeskanzler

- 2 -

die nachstehenden

A n f r a g e n :

- 1.) Warum wurde der Rechnungshof vor der Verabschiedung der vorstehend zitierten Regierungsvorlage nicht angehört ?
- 2.) Hat die Bundesregierung die Frage geprüft, ob gegen die Einschaltung des Rechnungshofes in Verwaltungsmaßnahmen wie sie in den beiden Regierungsvorlagen vorgesehen sind, verfassungsrechtliche Bedenken jener Art bestehen, wie sie im Schreiben des Rechnungshofpräsidenten ausgeführt sind ?
- 3.) a) Wenn nein: Warum wurde eine solche Überprüfung unterlassen ?
b) Wenn ja: Wie lautet das Ergebnis dieser Überprüfungen ?